Stadt Gernsheim

Stadthausplatz 1
64579 Gernsheim

Niederschrift
Sitzung des Ausschusses für Jugend, Kultur, Sport und Soziales

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.12.2017
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	18:40 Uhr
Ort, Raum:	Bürgersaal des Stadthauses
Sitzungsnummer	JKS/014/17

1	Bericht des Magistrats
1.1	Der Kreis rollt
1.2	Treppenhausgalerie "Ried-Impressionen"
1.3	Volkstrauertag am 19.11.2017
2	Ausreichende Finanzierung der Kommunen im Zuge der Gebührenfreistellung von Kindertagesstätten durch das Land Hessen Resolutionsantrag der FDP-Fraktion vom 18.09.2017, eingegangen am 18.09.2017 sowie Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 13.10.2017, eingegangen am 16.10.2017 sowie gemeinsamer Resolutionsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie FDP vom 20.11.2017, eingegangen am 21.11.2017 Vorlage: 0208/S/17
3	Neufassung der Ehrungsordnung der Schöfferstadt Gernsheim Beschlossen durch Magistrat am 18.10.2017 Vorlage: 0217/S/17
3	Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Hebesatzsatzung und zur Haushaltssatzung 2018 vom 20.11.2017, eingegangen am 21.11.2017 Vorlage: 0234/S/17-01
4	Festsetzung der Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer – Hebesatzsatzung- Beschlossen durch Magistrat am 01.11.2017 Vorlage: 0234/S/17
5	Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm der Schöfferstadt Gernsheim für den Zeitraum 2016 – 2021 einschließlich aller eingegangenen Anträge Beschlossen durch Magistrat am 01.11.2017 Vorlage: 0235/S/17
6	Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich aller eingegangenen Anträge Beschlossen durch Magistrat am 01.11.2017

Vorlage: 0236/S/17

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Frau Vorsitzende Nicolai begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung, stellt Frau Nicolai fest, dass folgende Damen und Herren stimmberechtigt sind:

Für die CDU-Fraktion: Herr Geiger, Frau Nicolai, Frau Chmura
Für die SPD-Fraktion: Frau Kade, Frau Fletterich
Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Frau Weinmann
Für die FDP-Fraktion: Frau Rittberger-Göbler

Herr Bürgermeister Burger beantragt, den Tagesordnungspunkt 7 in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

1 Bericht des Magistrats

1.1 Der Kreis rollt

Die Veranstaltung „Der Kreis rollt“ findet im nächsten Jahr am Sonntag, 27. Mai statt und führt von Bauschheim nach Erfelden.

1.2 Treppenhausgalerie "Ried-Impressionen"

Am 15.11.2017 fand um 18:00 Uhr die Eröffnung der Ausstellung des Arztes und Hobby - Fotografen Michael Strohauer (Crumstadt) statt.

Rund 45 Personen besuchten die Veranstaltung und verfolgten die Einführungen in die Ausstellung der Schwarz-Weiß-Fotografien, welche Motive aus Gernsheim und dem weiteren Ried zeigen.
Zur Eröffnung sprachen Bürgermeister Peter Burger sowie Herr Per Brauneck.

1.3 Volkstrauertag am 19.11.2017

An der Gedenkfeier am Volkstrauertag, 19.11.2017 in der Trauerhalle und auf dem Friedhof nahmen in diesem Jahr rund 100 Personen teil. Nach der Begrüßung durch Herrn Bürgermeister Peter Burger hielt Herr Pfarrer Markus Konrad für die kath. Kirche die Ansprache.

Mit dem Vortragen von Gedichten gestalteten Hans-Josef Becker vom Bund der Vertriebenen und Marianne Walz vom Verein Memor sowie Adamu Kebede die Gedenkfeier mit.

Die geschichtlichen Daten des Volkstrauertages zeigten die Schülerinnen und Schülern des ev. Religionskurses der Jahrgangsstufe 11 des Gymnasiums Gernsheim unter der Leitung von Frau Fröseler auf.

Für die musikalische Gestaltung waren der kath. Kirchenchor St. Cäcilia und der ev. Posaunenchor verantwortlich. Wir danken allen Mitwirkenden für diese würdevolle Veranstaltung.

2 Ausreichende Finanzierung der Kommunen im Zuge der Gebührenfreistellung von Kindertagesstätten durch das Land Hessen Resolutionsantrag der FDP-Fraktion vom 18.09.2017, eingegangen am 18.09.2017 sowie Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 13.10.2017, eingegangen am 16.10.2017 sowie gemeinsamer Resolutionsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie FDP vom 20.11.2017, eingegangen am 21.11.2017
Vorlage: 0208/S/17

In der heutigen Sitzung des Ausschusses JKSS wird nunmehr seitens der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie der FDP folgender gemeinsamer Resolutionsantrag vorgelegt:

"Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Gebührenfreistellung von Kindertagesstätten in Hessen grundsätzlich. Sie lehnt allerdings ab, dass 155.000.000,00 € der dafür notwendigen Finanzmittel durch die Kommunen selbst getragen werden müssen, da diese dringend für die Verbesserung der Qualität der Betreuungseinrichtungen und als Unterstützung für den Ausbau des Betreuungsplatzangebots vor Ort benötigt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung Gernsheim fordert das Land Hessen auf, alle im Zuge der Gebührenfreistellung von Kindertagesstätten für die Kommunen anfallenden Kosten vollständig zu übernehmen.

Des Weiteren wird die hessische Landesregierung aufgefordert, den Städten und Gemeinden keine Verpflichtungserklärung abzuverlangen, wonach die Kommunen auf eine Gebühr für eine sechsstündige Betreuung gänzlich verzichten sollen.

Den Kommunen muss weiterhin die Gebührenhoheit verbleiben, um auch

zukünftig qualitative Unterschiede in der Kinderbetreuung durch einen zusätzlichen Elternanteil zu erhalten.

Der avisierte Betrag von 136 € kann allenfalls als Finanzierung für eine Basis-Betreuung gesehen werden.

In einem pauschalen Verzicht auf Elterngebühren wird eine Gefährdung für die Vielfalt der Betreuungsangebote und die Wahlfreiheit der Eltern heraufbeschworen. „

Bereits in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.11. wurde seitens der SPD-Fraktion folgender Änderungsantrag vorgelegt:

„Wir beantragen und bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.

Resolution:
“Der Magistrat wird gebeten, über die kommunalen Spitzenverbände seinen Einfluss auf die Hessische Landesregierung und die Landtagsabgeordneten geltend zu machen, damit die geplante finanzielle Entlastung der Eltern nicht durch eine Entnahme aus dem kommunalen Finanzausgleich, auch nicht anteilmäßig, finanziert wird.

Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert entschieden, dass das Land bei der Verkündung der Initiative den Eindruck erweckt hat, dass die Kindergartengebühren für die Eltern nun gänzlich entfallen würden. Jedoch sind mit einer pauschalen Erstattung von 136 € die Beiträge der Eltern zu einem Ganztagsplatz nicht abgedeckt.

Ein weiteres Mal schädigt die Hessische Landesregierung damit nachhaltig das Vertrauen in die Politik.

Dass die Betreuung von Kindern unter drei Jahren vom Land Hessen überhaupt nicht in den Blick genommen wird kritisiert die Stadtverordnetenversammlung als familien- und bildungspolitisch kurzsichtig.

Dies und die vom Land angekündigte Gebührenerstattung für lediglich sechs Stunden Betreuungszeit der 3- bis 6-Jährigen sind aus Sicht der Stadtverordnetenversammlung ein Zeugnis für die Unkenntnis der Hessischen Landesregierung über den tatsächlichen Betreuungsbedarf in den hessischen Kommunen.

Da die kommunalen Spitzenverbände als Vertreter der für die Jugendhilfe zuständigen Kommunen nicht ausreichend angehört wurden, fordert die Stadtverordnetenversammlung den Landesgesetzgeber auf, dies schnellstmöglich im Rahmen des weiteren Verfahrens nachzuholen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert das Land Hessen weiterhin auf, statt dem vorgeschlagenen untauglichen Finanzierungsmodell ihren Anteil an den Betriebskosten der Kindertagesstätten schrittweise zu erhöhen und den Kommunen damit die Möglichkeit zu geben, den dringend notwendigen Ausbau

der Kinderbetreuunq weiter voranzubringen und gleichzeitig die Eltern zu entlasten.“

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 13.10.2017: Ablehnung

Ja-Stimmen : 2 (SPD)
Nein-Stimmen : 4 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Enthaltung : 1 (FDP)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Resolutionsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie FDP: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen : 2 (SPD)
Enthaltung : -

3 Neufassung der Ehrungsordnung der Schöfferstadt Gernsheim Beschlossen durch Magistrat am 18.10.2017 Vorlage: 0217/S/17

Der Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Soziales empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die in der Anlage beigefügte Neufassung der Ehrungsordnung der Schöfferstadt Gernsheim.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

3 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Hebesatzsatzung und zur Haushaltssatzung 2018 vom 20.11.2017, eingegangen am 21.11.2017 Vorlage: 0234/S/17-01

Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

„Die Grundsteuer für Grundstücke (Grundsteuer B) unverändert zu belassen (Hebesatz 365 v.H.), die Gewerbesteuer auf 395 v. H. anzuheben.“

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung

Ja-Stimmen : 2 (SPD)
Nein-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Enthaltung : -

4 Festsetzung der Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer – Hebesatzsatzung-
Beschlossen durch Magistrat am 01.11.2017
Vorlage: 0234/S/17

Der Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Soziales empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den beiliegenden Entwurf einer Satzung über die Festsetzung der Steuerhebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer - Hebesatzsatzung-.

Die Hebesatzsatzung gilt für das Haushaltsjahr 2018.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen : 2 (SPD)
Enthaltung : -

5 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm der Schöfferstadt Gernsheim für den Zeitraum 2016 – 2021 einschließlich aller eingegangenen Anträge
Beschlossen durch Magistrat am 01.11.2017
Vorlage: 0235/S/17

Der Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Soziales empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt das beigefügte Investitionsprogramm für die Jahre 2016 – 2021.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 2 (SPD)

6 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2018 einschließlich aller eingegangenen

Anträge
Beschlossen durch Magistrat am 01.11.2017
Vorlage: 0236/S/17

Der Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Soziales empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die vorliegende Haushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2018.

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird

im **Ergebnishaushalt**

im ordentlichen Ergebnis		
mit dem Gesamtbetrag der *Erträge* auf		**28.064.240 EUR**
mit dem Gesamtbetrag der *Aufwendungen* auf	(-)	**28.034.893 EUR**
mit einem Saldo von		**29.347 EUR**
im außerordentlichen Ergebnis		
mit dem Gesamtbetrag der *Erträge* auf		**0 EUR**
mit dem Gesamtbetrag der *Aufwendungen* auf	(-)	**0 EUR**
mit einem Saldo von	(-)	**0 EUR**
mit einem **Überschuss** von		**29.347 EUR**

im **Finanzhaushalt**

mit dem Saldo aus den *Einzahlungen und Auszahlungen* aus laufender Verwaltungstätigkeit auf		**1.031.272 EUR**
und dem Gesamtbetrag der		
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf		**5.775.449 EUR**
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	(-)	**12.139.059 EUR**
mit einem Saldo von	(-)	**6.363.610 EUR**
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf		**926.693 EUR**
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	(-)	**1.336.800 EUR**
mit einem Saldo von	(-)	**410.107 EUR**
mit einem **Zahlungsmittelbedarf** des Haushaltsjahres von festgesetzt.	(-)	**5.742.445 EUR**

§ 2

Der Gesamtbetrag der **Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2018 zur Leistung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 326.693 EUR festgesetzt.

Darin enthalten sind Kredite aus dem kommunalen Investitionsprogramm (KIP) in Höhe von 326.693 EUR.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Kassenkredite werden nicht beansprucht.

§ 5

Die Hebesätze werden durch die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer vom 15.12.2017 festgelegt. Ihre Höhe wird in dieser Haushaltssatzung nur nachrichtlich wiedergegeben.

1. Grundsteuer
   a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf **380 v. H.**
   b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf **390 v. H.**
2. Gewerbesteuer auf **380 v. H.**

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

Die Stadtverordnetenversammlung überträgt an den Magistrat die Einzelentscheidung über die Aufnahme der in der Haushaltssatzung festgesetzten Kredite bzw. die Umschuldungen gemäß § 50 der Hessischen Gemeindeordnung.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 2 (SPD)

Frau Vorsitzende Roswitha Nicolai schließt um 18:32 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und eröffnet den nicht öffentlichen Teil, nachdem der Vertreter der Presse sowie die Zuhörer den Sitzungssaal verlassen haben.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Vorsitzende

Schriftführerin